

BNN
15.08.15

Unmut in Karlsruhe über Verteilung

Regierungsbezirk Nordbaden muss zwei Drittel aller Flüchtlinge unterbringen

Von unserem Redaktionsmitglied
Rainer Haendle

Karlsruhe/Stuttgart. Im Vorfeld des Besuchs von Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) in der Karlsruher Landeserstaufnahmestelle (LEA) am kommenden Dienstag wird die Kritik an der ungleichen Verteilung der Flüchtlinge im Südwesten immer lauter. „Der Unmut wächst“, sagte Karlsruhes Sozialbürgermeister Martin Lenz (SPD) gegenüber dem SWR.

Der Regierungsbezirk Nordbaden muss derzeit nach BNN-Informationen zwei Drittel aller neu ankommenden Flüchtlinge in den oft eilends geschaffenen Aufnahmestellen unterbringen, während Südbaden lediglich vier Prozent übernimmt. Auch Nordwürttemberg liegt mit dreizehn Prozent deutlich unter dem vergleichbaren Bevölkerungsanteil.

Das Karlsruher Regierungspräsidium bezifferte die Zahl der in der Erstaufnahme in Nordbaden untergebrachten Flüchtlinge auf 10700. Täglich kämen etwa 500 bis 600 Neuankömmlinge, sag-

te Behördensprecher Joachim Fischer. Der Ursprung für die ungleiche Neuaufnahme zwischen den Regierungsbezirken liegt darin, dass früher die Stadt Karlsruhe landesweit alleine für die Erstaufnahme zuständig gewesen ist. Wegen explodierender Flüchtlingszahlen war die Fächerstadt jedoch schon im Sommer des vergangenen Jahres völlig überfordert und musste fast täglich neue Notquartiere öffnen. Die Landespolitik hatte sich deshalb auf

die Einrichtung weiterer Erstaufnahmestellen in jedem Bezirk und eine gleichmäßigere Verteilung verständigt. Im laufenden Jahr werden im Südwesten bis zu 80000 Neuankömmlinge erwartet. Zum Vergleich: 2014 waren es knapp 26000 (2013: 13800; 2012: 7900). Der langjährige Rekordwert von Asylsuchenden in Baden-Württemberg mit 51600 stammt aus dem Jahr 1992 und dürfte in diesem Jahr vermutlich getoppt werden. Das Flüchtlingsquartier in der Messe Karlsruhe soll nach Anga-

ben Fischers Anfang kommender Woche komplett geräumt werden. Unterdessen hat Stuttgart Teile der Schleyerhalle als vorübergehende Unterkunft geöffnet.

Vor allem im Umfeld der Massenquartiere gibt es zunehmend Kriminalitätsprobleme. So mussten mehrere Lebensmittelgeschäfte Sicherheitsdienste engagieren. Auch in den Unterkünften

Messe soll nächste Woche geräumt werden

kommt es zwischen einzelnen Nationalitäten häufiger zu Reibereien. Der Karlsruher Polizeipräsident Günter

Freisleben hat deshalb eine eigene Koordinierungsstelle eingerichtet. In der Landespolitik wird die Flüchtlingsproblematik unterdessen immer mehr zum Wahlkampfthema. CDU-Spitzenkandidat Guido Wolf und Parteichef Thomas Strobl verschärfen ihre Kritik an Grünrot und bezeichneten es als abstruse Idee, Flüchtlinge nach Ostdeutschland zu bringen. Grünen-Chefin Thekla Walker verwies dagegen auf die Verantwortung des Bundes für die schleppende Bearbeitung der Asylanträge.